



Donald Trumps zweite Amtszeit steht exemplarisch für eine Politik des Widerspruchs. Während der Präsident außenpolitisch zunehmend auf Eskalation und Machtdemonstration setzt, gerät er innenpolitisch unter Druck – ökonomisch wie wahlstrategisch. Der Angriff auf Venezuela markiert dabei den bisherigen Höhepunkt einer aggressiven Außenpolitik, die auf geopolitische Dominanz zielt, jedoch auf eine innenpolitisch fragile Basis trifft.

Venezuela als Bühne der Machtdemonstration

Mit dem überraschenden Militärschlag gegen Venezuela Anfang 2026 inszenierte Trump sich als entschlossener Führer im Kampf gegen „gescheiterte Staaten“ und „narzisstische Autokraten“, wie er es formulierte. Die Festnahme von Präsident Nicolás Maduro durch US-Spezialeinheiten und der direkte Zugriff auf Venezuelas Ölreserven wurden in Washington als strategischer Erfolg dargestellt. In Wahrheit ist es ein riskanter Präzedenzfall: Ohne internationale Mandatierung und weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle wirft der Eingriff fundamentale völkerrechtliche Fragen auf.

In den Tagen nach dem Angriff drohte Trump auch Kolumbien und Kuba offen mit militärischen Konsequenzen, sollte man sich den US-amerikanischen Interessen widersetzen. Auch dem iranischen Regime wurde „eine sehr harte Antwort“ in Aussicht gestellt. Solche Drohgebärden folgen einer bekannten Logik der Abschreckung, rufen aber auch alte Ängste vor einem imperial agierenden Amerika wach.

Die lange belächelte Idee, Grönland zu kaufen, erscheint im aktuellen Kontext weniger als Kuriosität denn als Teil einer übergeordneten Strategie, geopolitisch exponierte Regionen systematisch unter US-Einfluss zu bringen. Die Außenpolitik Trumps oszilliert zwischen kalkulierter Provokation und revisionistischer Weltmachtambition.

Schwäche im Inneren: Wirtschaft, Wahlen, Wahlrecht

Doch während Trump außenpolitisch eskaliert, wird innenpolitisch seine Verwundbarkeit deutlich. Die Zustimmung in der Bevölkerung liegt bei nur 42 Prozent – ein Tiefstand, gemessen an vergleichbaren Zeitpunkten vor früheren Zwischenwahlen. Nur ein Drittel der Wähler befürwortet laut Umfragen den Angriff auf Venezuela. Traditionell entscheiden sich US-Wahlen jedoch weniger an außenpolitischen Fragen als an wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Und auch hier sind die Signale für Trump ungünstig.

Die Inflation verharrt bei über drei Prozent, die Arbeitslosigkeit erreichte zuletzt den höchsten Stand seit vier Jahren. Zwar zeigen einzelne Konjunkturdaten Stabilisierungstendenzen, doch



strukturell ist die Lage angespannt: Trumps protektionistische Handelspolitik hat internationale Lieferketten destabilisiert und Konsumgüter verteuert. Inzwischen rudert das Weiße Haus bei einzelnen Zöllen – etwa auf Fleischimporte – bereits zurück.

Im Vorfeld der Wahlen zeichnet sich zudem eine erneute Auseinandersetzung um das Wahlrecht ab. Trump deutete mehrfach an, die Briefwahl „in Teilen“ aussetzen zu wollen – mit dem unbelegten Vorwurf, sie begünstige Wahlbetrug. Auch eine verstärkte föderale Kontrolle der Stimmauszählung steht im Raum. Trumps Strategie ist bekannt: Wird das Wahlergebnis angezweifelt, inszeniert er sich als Opfer eines Systems. Geht es zu seinen Gunsten aus, erklärt er das Verfahren für legitim.

Technologieboom als wirtschaftliche Unbekannte

Ein entscheidender Faktor für Trumps wirtschaftspolitische Argumentation ist der anhaltende Boom im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Neue Anwendungen in Medizin, Kommunikation und Verteidigung tragen zur wirtschaftlichen Dynamik bei und haben die US-Börsen auf neue Höchststände getrieben. Doch Ökonomen warnen zunehmend vor einer Überhitzung: Sollte der Tech-Boom sich als spekulative Blase entpuppen, könnte ein Crash – vergleichbar mit der Finanzkrise 2008/09 – das Vertrauen in Trumps wirtschaftspolitische Kompetenz empfindlich erschüttern.

Besonders kritisch wird die Entwicklung der Reallöhne und die Versorgung mit strategischen Ressourcen gesehen. Der technologische Fortschritt steigert nicht nur den Energiebedarf, sondern verstärkt auch die geopolitische Konkurrenz um Wasser, seltene Erden und andere kritische Rohstoffe. Die geopolitische Rivalität mit China dürfte sich 2026 weiter verschärfen – wirtschaftlich, technologisch, strategisch.

Globale Unsicherheiten und systemische Risiken

Hinzu kommt eine zunehmende Nervosität auf den globalen Finanzmärkten. Die massiven staatlichen Verschuldungen westlicher Industrieländer – darunter auch der USA – sind bisher kaum Thema der öffentlichen Debatte, belasten jedoch das Vertrauen in die langfristige Stabilität der Weltwirtschaft. Die US-Staatsanleihen galten bislang als stabiler Anker, die Federal Reserve als internationale Kriseninstanz. Doch Zweifel mehren sich, ob die Fed unter wachsendem politischen Druck noch unabhängig agieren kann.

Trump's Einfluss auf die Notenbank – personell wie rhetorisch – wird international genau beobachtet. Sollte es zu einer Verknappung der globalen Dollar-Liquidität kommen oder ein



plötzlicher Vertrauensverlust in US-amerikanische Staatsanleihen eintreten, könnte dies eine Kettenreaktion auf den Finanzmärkten auslösen. Die Weltwirtschaft würde dann ohne Sicherheitsnetz agieren – ein Szenario, das an die systemischen Verwerfungen der Eurokrise oder der US-Hypothekenkrise erinnert.

Im Innersten bleibt die Trump-Administration getrieben von dem Versuch, durch geopolitische Stärke innenpolitische Schwäche zu überdecken. Der Angriff auf Venezuela war ein Zeichen der Stärke – oder eine Flucht nach vorn. Ob der Präsident damit die Zwischenwahlen für die Republikaner sichern kann, bleibt offen. Sicher ist nur: Der Herbst 2026 wird zur Nagelprobe für die Stabilität der Vereinigten Staaten.

USA beschlagnahmen Öltanker – Eskalation mit Russland abgewendet

Die US-Küstenwache hatte den Tanker *Bella 1* mehr als zwei Wochen lang verfolgt. Er war auf dem Weg nach Venezuela, um dort Öl zu laden. Gestern wurde er im Nordatlantik beschlagnahmt – ein weiteres Signal dafür, dass Trump an der Blockade venezolanischen Öls festhält.

Die Besatzung der *Bella 1* hatte versucht, die Beschlagnahmung zu verhindern, indem sie unter russischer Flagge fuhr. Russland entsandte mindestens ein Kriegsschiff, um den Tanker zu eskortieren. Doch laut US-Behörden befanden sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung keine russischen Einheiten in der Nähe, sodass eine direkte Konfrontation vermieden wurde. Ebenfalls am Vortag wurde ein weiterer Tanker in internationalen Gewässern nahe der Karibik von US-Kräften geentert.

Weitere Entwicklungen in Venezuela:

- Die Trump-Regierung präsentierte einen Drei-Phasen-Plan zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Venezuelas sowie zur Einsetzung einer neuen Regierung. Energieministerin Davis erklärte, die USA würden die Kontrolle über Venezuelas Ölexporte „auf unbestimmte Zeit“ behalten.
- Trotz der Festnahme von Präsident Nicolás Maduro bleibt der Sicherheitsapparat seines Regimes weitgehend intakt – für viele Venezolaner hat sich der Alltag weiter verschlechtert.



Weitere Meldungen:

- Im **Iran** haben sich Proteste auf mehrere Städte ausgebreitet. Die Justiz kündigte an, hart gegen Demonstrierende vorzugehen.
- US-Außenminister Marco Rubio erklärte, Trump wolle **Grönland** kaufen – nicht militärisch einnehmen.
- **China** hat **Japan** mit möglichen Exportbeschränkungen für Seltene Erden verunsichert.
- In der **Ukraine** wurden die Leiter der beiden wichtigsten Geheimdienste ausgetauscht.
- Bei schweren Gefechten in Aleppo, **Syrien**, sind mehrere Menschen getötet worden. Die Kämpfe finden zwischen Regierungstruppen und einer kurdisch geführten Miliz statt.
- Der ehemalige CIA-Offizier **Aldrich Ames**, der als Doppelagent für die Sowjetunion tätig war und damit den Tod von bis zu zehn Spionen verursachte, ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Autor: P. Tiko